

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

22.3.1865 (No. 69)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 22. März.

N. 69.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkundungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 13, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Für Frankreich abonnirt man bei Hrn. G. Meurand in Straßburg (Brandgasse Nr. 28) und in Paris (2, Cour du Commerce, Saint-André-des-Arts).

Telegramme.

† **Berlin**, 21. März. In der Nacht vom 19. auf den 20. d. M. wurden die Batterien vor Fredericia fertig gebaut und armirt. Ein nächtlicher Ausfall zurückgeschlagen. Von Sonntag früh 5 1/2 Uhr an wurde Fredericia erfolgreich beschossen. Die Stadt brennt an mehreren Stellen. Feindliche Geschütze wurden demontirt. Das feindliche Feuer ist mäßig und erfolglos. Die Beschießung wird fortgesetzt.

† **Königsberg** (vor Fredericia), Sonntag 20. März. Heute wird Fredericia erfolgreich beschossen. Die Stadt brennt an mehreren Stellen. Die anwesenden Dampfer und Segelschiffe vermitteln den fluchtartigen Abzug der Bevölkerung. Unser Feuer wird schwach erwidert.

† **Flensburg**, 21. März. Die Bürgerschaft von Tondern hat bei einer Abstimmung sich mit 595 Stimmen gegen 1 für die Wiedereinführung der deutschen Sprache in den Schulen ausgesprochen.

† **London**, 21. März. Aus Kopenhagen, 20. d., wird gemeldet: Heute Morgen 5 1/2 Uhr hat das Bombardement Fredericia's von mehreren Seiten her begonnen. Vormittags 11 Uhr wurde auch das Bombardement der Südfeststellung der Düppeler Schanzen wieder aufgenommen.

Die Kopenhagener „Berling. Ztg.“ vom 19. d. schreibt: Die Nachricht der „Daily News“: Dänemark nehme als Konferenzbasis die Uebereinkunft von 1851 und 52 ohne Waffenstillstand an, ist im Wesentlichen richtig.

Der „Morn. Post.“ zufolge verweigert Dänemark den Waffenstillstand und fordert als Konferenzbasis die Vorheranerkennung der Trennung Schleswigs von Holstein und die Union Schleswigs mit Dänemark, also (!) die Basis der Verhandlungen von 1851 und 52.

† **Paris**, 21. März. (Sch. M.) Der „Moniteur“ erklärt das Gerücht, es sei ein neues Komplotz gegen das Leben des Kaisers entdeckt worden, für grundlos. (Das Komplotz selbst sollte von drei Dienern in der nächsten Umgebung des Kaisers ausgegangen sein. Man erzählte, daß sie den Plan gehabt, das Schlafzimmer des Kaisers in die Luft zu sprengen!)

† **Turin**, 21. März. (Sch. M.) Der Gesetzentwurf zur Ausgleichung der Grundsteuer ist gestern von der Abgeordnetenkammer mit 194 gegen 123 Stimmen angenommen worden.

Deutschland.

† **München**, 18. März. Gestern, Mittwoch, Abends gegen 9 Uhr, langte aus Marseille ein Telegramm an, das die Nachricht brachte, König Ludwig habe nunmehr die Todesurtheil seines geliebten Sohnes, des Königs Maximilian, erhalten. Das Telegramm lautet: „König Ludwig, tief erschüttert, fühlt mit der Königin und allen Gliedern des königlichen Hauses den für sie und das Vaterland so schweren Verlust.“ Briefe aus Algerien fehlen, obgleich heute der betreffende Posttag ist.

† **Wiesbaden**, 19. März. (Mitt. Z.) Nach einem allerb. Erlaß in dem gestern ausgegebenen Verordnungsblatt wird die Ständeverammlung auf den 30. März l. J. einberufen. Wegen Beanspruchung der im 18. Wahlkreise (Müdesheim-St. Goarshausen) erfolgten Wahl ist die Einberufung des dasigen Abgeordneten (Proturator Dr. Braun) ausgesetzt worden. — Die herzogliche Polizeidirektion hat heute folgende Bekanntmachung erlassen:

Durch polizeiliche Verordnung vom 25. Okt. 1851 ist der Versuch der Wirthshäuser von Seiten junger Leute, welche das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, bei 1 fl. Strafe verboten, und sollen Wirth, welche solche junge Leute aufnehmen, mit 1 bis 3 fl. bestraft werden. Diese Verordnung wird hiermit in Erinnerung gebracht und bemerkt, daß die strenge Vollziehung derselben angeordnet worden ist.

† **Hamburg**, 18. März. Man telegraphirt der Wiener „Presse“: Fürst Hohenlohe hat gestern in Kiel beim Herzog von Augustenburg das preussische Anfinnen wegen des wünschenswerthen Domizilwechsels erneuert.

Nachrichten aus Kopenhagen vom 16. melden: Die südschleswigschen Soldaten wurden nach Kopenhagen verlegt. Conferenzpräsident Wonnead erklärte heute im Volksklub, er werde künftig nur dem eben auf Grund der November-Verfassung sich bildenden Gesamtreichsrath über Anwartschaften und Militaria Auskunft ertheilen.

† **Hamburg**, 18. März. Das „Neue Hamburg“ schreibt: Freier Betrug. Gestern Morgen, von 10 Uhr an bis zur Vörszeit, wurde in den belebtesten Stadttheilen ein Extrablatt verkauft, das folgendes enthielt: „Kiel, 17. März, 8 Uhr 15 Minuten Morgens (per Telegraph). Ein Privattelegramm bringt so eben die eben so wichtige als traurige Nachricht, daß einem eben aufgetauchten Gerücht zufolge, der Herzog Friedrich von Augustenburg diese Nacht durch einen Schlagfluß sein so wichtiges und hoffnungsvolles Leben in einem Alter von 34 Jahren 8 Monaten und 9 Tagen geendet. Gestern Abend noch befand er sich in einer militärischen Soirée musicale, verspürte etwas Unwohlsein, und verließ den Saal schon vor Beendigung derselben. Nichts ahnend, legte er sich zur Ruhe, um — nie wieder das Licht der Welt zu erblicken. Heute Morgen 7 1/2 Uhr fanden Diener den so gefeierten Mann als Leiche in seinem Bett liegen.“ Hieran waren Reflexionen über die Wichtigkeit des Ereignisses geknüpft. Ein Blick auf das Blatt mußte Jeden überzeugen, daß es sich hier einmal wieder um eine dreifache Spelulation handelte. Wäre die mitgetheilte Thatsache begründet gewesen, so würde sie nicht als Gerücht, von dessen Grund und Ungerund der angeblliche Absender der Depesche sich leicht hätte überzeugen können, gemeldet worden sein. Diesen Schluß konnte man jedoch erst ziehen, nachdem man das Blatt gelesen, also gekauft hatte, und es gelang dem auch den mit ungenügender Aufmerksamkeit von Seiten der Redaktion ausstrahlenden Phrasenmännern und Jungen, eine große Anzahl Exemplare abzuschleichen. Die Spelulation ist also geglückt. Da die „Vorsichtshalle“ eine Befestigung der Angehörigkeit nicht erhielt, im Gegentheil um 12 Uhr dinstags ein Telegramm ausgehängt wurde, welches besagte, daß der Herzog sich sehr wohl befände, so hatte die Nachricht selbst in den gläubigsten Gemüthern nicht lange Bestand, und das Gerücht kam zu einem plötzlichen Ende. Wir haben schon wiederholt die Polizeibehörde aufgefordert, gegen solchen frechen Betrug das Publikum zu schützen. Wer einen gedruckten Lappen verkauft, unter der Vorspiegelung, daß derselbe den Inhalt einer telegraphischen Depesche enthalte, ist, wenn diese Angabe sichtig ist, ein schändlicher Betrüger. Will man solche Täuschung, wenn sie sich mit Kleinigkeiten beschäftigt, durchgehen lassen, so fordert doch die schamlose Fabrication einer Mittheilung, wie die obige, entschieden Abmahnung; darüber herrscht im Publikum denn auch volle Einstimmigkeit. Das Blatt ist bei Grese und Liebsmann gedruckt, im Verlag von J. Meyer (?). Hauptsächlich wird Bekletterer aufgefordert werden, sich über den Empfang der Depesche zu legitimiren.

† **Flensburg**, 18. März. Das Feuer auf die Düppeler Schanzen hat wieder begonnen; es ist eine fürchterliche Kanonade vernnehmbar.

† **Sonderburg**, 15. März, Morgens 6 Uhr. Der Berichterstatter, den die „Kölnische Ztg.“ im dänischen Hauptquartier hat, meldet ihr unter vorstehendem Datum Folgendes:

Ganze Nacht hindurch Artilleriegeschütz von Broader herüber nach unsern Schanzen Nr. 1 und 2. Verluste: 1 Offizier leicht verwundet, gegen 16 bis 20 Gemeine, zum Theil schwer. Morgens 9 Uhr. Kanonensfeuer hat abgenommen. Mittags 12 1/2 Uhr. Kanonensfeuer heftig begonnen; Truppen marschiren zur Verstärkung ab; große Unruhe in der Stadt; in diesem Augenblick fällt eine Bombe in die Stadt, zerplatzt, ohne sonderlich Schaden angerichtet zu haben. Nachmittags 2 Uhr. Gegen 10 Bomben sind in verschiedene Straßen der Stadt gefallen; ein Haus hätte das Dach größtentheils ein; ein Bürger ward schwer am Kopf von einem Granatstumpf verwundet. Eine Bombe fiel in's Schloß, 3 Soldaten dabei verwundet. In der Schanze Nr. 1 wurde gegen 1 1/2 Uhr von einer Granatbombe dem Leutnant Volboly vom 18. Regiment, 1. Bat., die rechte Schulter weggerissen, er starb sogleich; ein Unteroffizier und ein Constabler wurden schwer, mehrere Soldaten leicht verwundet. Viele Familien flüchten. Ein Haus ward in Brand geschossen, aber sofort vom Brandstörps das Feuer gelöscht. Unsere Schanzen Nr. 1 und 2 haben dem Feind dessen Seitenschanze im Broader demontirt. [Unrichtig.] Nachmittags 3 Uhr. Kanonade hört auf; man erwartet in dieser Nacht einen Angriff. Gestern wurden den ganzen Tag über Schiffe geschwächt; gegen Abend kamen 7 verwundete und mehrere gefangene Preußen hier an.

† **Sonderburg**, 17. März, 9 U. 5 M. Vorm. Die „Times“ erhält von ihrem Spezialkorrespondenten im dänischen Lager folgendes Telegramm: „Am Donnerstag [soll wahrscheinlich Mittwoch heißen] heftige Kanonade und Kampf entlang der ganzen Linie. Das Dorf Düppel und die Tönferger-Stellung wurden, nach heldenmüthigem Widerstande von Seiten der Dänen, von den Preußen genommen. Der Düppelposition ist noch nichts geschahen. Die Anzahl der Preußen ist immer vier gegen einen. Ihre Artillerie reicht drei (engl.) Meilen weit. Ein dänischer Oberst ist heute gefallen und 70 Verwundete wurden heringebracht. Die Verluste des Feindes sind schwer. Die dänische Armee ist ungedrungenen Muthes.“

† **Sonderburg**, 17. März. Gestern schlug man sich auf der ganzen Linie. Morgens hatten die Dänen eine Rekognosirung auf dem rechten Flügel gemacht. Später griff der Feind in Masse das Centrum und den rechten Flügel an. Gleichzeitig wurde das Feuer auf dem linken Flügel eröffnet. Die Besetzungen nahmen Theil an der Kanonade. Auf Seite des Abobergs und Düppels war der Kampf am lebhaftesten. Der letztere Ort wurde vom Feind genommen. Auf der Seite von Broader (linker dänischer Flügel) verursachte das feindliche Feuer wenig Schaden. Unsere Verluste sind nicht beträchtlich; die des Feindes sind bedeutender.

† **Beile**, 17. März. (Köln. Ztg.) Die in einem Ham-

burger Blatt erschienene und von den Telegraphen nach allen Richtungen weiter verbreitete Nachricht von der Hinrichtung vier hiesiger Einwohner wegen Mordanfalles auf österreichische Soldaten ist gänzlich unbegründet. Derlei Attentate haben nicht stattgefunden, es konnte also auch deshalb Niemand vor ein Kriegsgericht gestellt und noch weniger zum Tode verurtheilt werden. Bei dem Straßentamp in Beile sind allerdings sechs Zivilisten theils verwundet, theils getödtet worden, aber dieselben haben dies nur ihrer eigenen Unvorsichtigkeit zuzuschreiben, denn sie hatten in jenem Momente nichts auf der Straße zu thun. Einer derselben dankt seine schwere Verwundung sogar einer dänischen Kugel, die an der gegenüberstehenden Mauer ricochetirte ihn beim Herausstreiten aus einem Kaufmannsladen am Rathhausplatz traf. J. M. L. Gablenz, der eben so energisch als menschlich ist, hat auch in seiner Proklamation nicht direkt die Anklage ausgesprochen, daß Bürger der Stadt auf die hereinströmenden Oesterreicher geschossen hätten; es seien Schüsse aus einzelnen Häusern, in denen — zur Steuer der Wahrheit sei es konstatiert — nur ein einziger Zivilist, der aber nach allgemeiner Aussage in nicht genau bekannter Eigenschaft zur Truppe gehörte, mit den Waffen in der Hand ertappt wurde. Auch die Vergiftungsfälle haben sich, wie die geschlossene Untersuchung ergeben hat, als Dasjenige herausgestellt, als was ich sie seiner Zeit bezeichnet habe: als Symptome, die durch den Genuß von in Kupfergeschirr getochtem Kaffee entstanden, wobei Nachlässigkeit, aber keineswegs böse Absicht zu Grunde lag. — Von der Ausweisung englischer Korrespondenten aus dem österreichischen Hauptquartier, wie von mehreren Blättern gemeldet wird, ist mir nichts bekannt geworden. Südlich von Beile sind Versammlungen zur Beherrschung der Stadt und Fernhaltung der Kanonenboote angelegt worden; aber nach Allem, was man hört, scheinen Unternehmungen der Dänen gegen die österreichische Stellung nicht beabsichtigt zu werden. — Sechs jütländische Untmänner und Hardeßvögte sind nach Flensburg geleitet worden, um dort mit den Zivilkommissären sich betreffs der Requisition und Administration des Landes in Einvernehmen zu setzen. Dieselben bemühten ihre Fahrt dazu, um sich unterwegs für Gefangene auszugeben und das Gerücht auszusprengen, man habe von ihnen die Beistellung von 30000 Paar Stiefeln innerhalb 5 Tagen verlangt. Dieselben reisten in Begleitung eines Offiziers. — Ein österreichischer Brückentrain ist den Preußen vor Düppel zur Verfügung gestellt worden, während die preussische Kavalleriebrigade vorläufig, jenseits Horrens streifend, unter dem Befehle des österreichischen Korpskommandanten verbleibt. Neues ist aus dem Norden nicht zu melden.

† **Berlin**, 19. März. Man schreibt der „Köln. Ztg.“ über die Lage Folgendes:

In dem Wirrwarr der heute eingegangenen Nachrichten ist die auf den ersten Anblick auffällige die Behauptung der „Berlingske Tidende“, daß die Annahme des Waffenstillstandes auf der Grundlage des militärischen Status quo der Betriechung des Vaterlandes gleichkommen würde und davon keine Rede sein könne. Was Dänemark unter den gegenwärtigen Umständen noch mehr erwarten könnte, als die Erklärung der Bereitwilligkeit Seitens der deutschen Mächte, unter den bekannten Bedingungen einem von Dänemark beantragten Waffenstillstande ihre Zustimmung zu geben, wie die hier jetzt adoptirte Interpretation der März-Note lautet, wird das Publikum nicht verstehen. Das Räthsel würde jedoch einigermaßen gelöst erscheinen, wenn sich bestätigte, was in gewöhnlich orientirten Kreisen über den Gang der letzten Unterhandlungen zwischen England und Dänemark verläutet. Danach hätte Dänemark die Bedingungen vom 7. März im Prinzip als annehmbar bezeichnet, sich aber angelegentlich nach der für die Konferenz aufzustellenden Basis erkundigt. Es sei ihm erwidert worden, die Konferenz werde voraussichtlich ohne vorher festgestellte Basis zusammentreten, aber zum Ausgangspunkt der Berathung wahrscheinlich alsbald die Personalunion nehmen, welche im Lauf der Unterhandlungen von deutscher Seite mehrfach als das Minimum der an Dänemark zu richtenden Forderungen bezeichnet worden sei. Hierauf wollte man nun in Kopenhagen um keinen Preis eingehen. Man betrachtete die Note vom 7. März als eine Falle, um Dänemark in die Personalunion hineinzuzwingen. Diese Kombination ist bekanntlich in Deutschland wie in Dänemark gleichmäßig unpopulär. Man wollte in Kopenhagen nichts davon hören. Um aber nicht England gegenüber als eigenständig kriegerisch zu erscheinen und den englischen Schutz nicht zu verlieren, kam man auf den früheren englischen Vorschlag der Konferenz ohne Waffenstillstand zurück, erklärte sich geneigt, ihn anzunehmen, aber unter der Bedingung, daß die Konferenz auf der Grundlage der Engagements von 1851 und 1852 zusammentrete. Damit sollte der Personalunion ein Niegel vorgeschoben werden. Die Forderung nahm sich dabei in den Augen der Engländer gemäßigt aus, da ja die Großmächte noch in der Note vom 7. März sich auf ihre früheren Erklärungen über die dänische Integrität bezogen hätten. So erklärten sich die Nachrichten der „Berlingske Tidende“ auf der einen Seite und einiger deutschen offiziellen Zeitungen der kleineren Höfe auf der andern. Daß die Konferenz damit keine bedeutenden Chancen gewonnen hat, liegt auf der Hand, schon weil Frankreich bis in die letzte Zeit die Bethätigung des Bundes vorbehalten hat, der Bund aber auf Grund der Engagements von 1852, über deren Bedeutung man seit zwölf Jahren diskutirt, sich an der Konferenz nicht betheiligen kann. England gibt aber die Hoffnung nicht auf und gedentt die Konferenz

mit dem Waffensstillstande durchzugehen. Ob ihm Das gelingen wird, muß sich bald zeigen.

Berlin, 19. März. Von den Vorkosten gegen Düppel bringt die „Nordb. Allg. Ztg.“ folgende Berichte vom 16. d.:

Gestern, am 15., fand die erste Beschießung (abgegeben von zwei Tagen zuvor geschickenen Probeschüssen) der Düppeler Schanzen von den drei Enfilirbatterien aus statt, welche auf dem hohen, steil nach dem Weningbund abfallenden Uferland nördlich von dem Dänisch angelegt sind. Diese drei Batterien haben wegen ihrer hohen Lage, wegen des sehr festen, mit vielen großen Steinen vermischten Erdbodens, in dem sie gebaut worden mußten, wegen der durch den vielen Regen fast bodenlos gewordenen Lehmböden nur durch ganz außerordentliche Anstrengungen vollendet und armit werden können, und verdienen hiesfür gewiß sowohl die hierbei beschickten Artilleristen, als auch die von der Infanterie gestellten Mannschaften die volle Anerkennung. Haben doch z. B. die Geschütze, als sie selbst von 10 bis 12 Pferden nicht mehr fortgebracht werden konnten, durch 200 daran ziehende Mannschaften auf Wöhlengleisen die letzten Höhen hinauf geschafft werden mußten. Heute waren zu der mit 8 bronzernen gezogenen 24-Pfündern armiten Batterie noch drei Batterien gezogene 6-Pfünder herangezogen, so daß im Ganzen 26 Geschütze im Feuer waren. Prinz Karl von Preußen, General-Feldzeugmeister und Chef der Artillerie, begab sich Morgens nur in Begleitung seines Adjutanten zu den Batterien und nahm die selben in Augenschein. Da aber ein leichter Nebel, der über dem Meer lag, durch die Schwierigkeit des Richtens die Wirkung sehr beeinträchtigt hätte, so wurde bis um 11 Uhr gewartet, wo der Nebel schwand und helle Sonnenblicke wenigstens zeitweise den südlichsten Theil der Schanzen und auch die südlichsten Gebäude von Sonderburg, besonders dessen jetzt als Kaserne eingerichtete Schloß, klar beleuchteten. Zur Beobachtung der Wirkung nahmen nun der Prinz mit seinem Adjutanten, ferner der Oberst v. Graberg und der Oberst Colomier ihren Platz links seitwärts der Batterien, auf einem Punkt, von dem aus sie, ohne durch den Pulverdampf daran gehindert zu werden, die sämtlichen feindlichen Schanzen, Sonderburg und die südlich desselben vor Anker liegenden Kriegsschiffe, den nur wenig Vordrängenden „Wolf Krake“ und ein größeres Holzdamppschiff, zu überblicken vermochten.

Nachdem nun auf Befehl des Prinzen der Oberst Colomier das Signal zum Beginn des Feuers gegeben hatte, fiel der erste Schuß, und mit höchster Spannung folgten alle Blicke der wegen der bedeutenden Elevation wie aus einem Mörser in hohem Bogen aufsteigenden und deutlich sichtbaren Granate, die dann in Schanze Nr. 1 einschlug, und aus der man gleich darauf die Rauchwolke der Sprengladung ansteigen sah. Während dreier Stunden wurde ein langames Feuer von den Batterien unterhalten, wobei die 24-Pfünder sich besonders die Schanzen zum Ziel nahmen, während die 6-Pfünder mehr auf die Baracken und die sich etwa zeigenden Menschen feuerten. Wie groß der hierdurch angerichtete Schaden, wie viel Mannschaften getödtet, wie viele feindliche Geschütze demontirt, läßt sich natürlich nicht beurtheilen; aber jedenfalls sah man deutlich, daß trotz des Sturmwindes senkrecht auf der Schußlinie stehenden Beschießenden, dessen schädlicher Wirkung durch bedeutendes Hintertreiben beim Zielen begegnet werden mußte, mit Genauigkeit getroffen wurde, daß große Abtheilungen eilends die Schanzen verließen, und daß endlich die feindlichen Geschütze, die Anfangs das Feuer erwiderten, zum Schweigen gebracht wurden. Als endlich eine Batterie 24-Pfünder gegen das 5400 Schritt, also über eine halbe deutsche Meile entfernte Sonderburg acht Schüsse abgab, sah man, nachdem eine oder zwei Granaten in's Meer eingeschlagen waren, die übrigen zwischen den Dächern der Stadt einschlagen und den Rauch der Sprengladung langsam emporsteigen. Die beiden Kriegsschiffe wagten nicht, sich auf einen Geschützlampf einzulassen; beide fests gehalten, mußten sich zurückziehen, das Panzerschiff ostwärts, das Holzschiff in den Allensund.

Das so erreichte Resultat darf gewiß ein befriedigendes genannt werden und ist ein glänzendes Zeugnis für die Güte unserer gezogenen Geschütze. Das Feuer des Feindes, mit dem er Anfangs antwortete, war nicht schlecht zu nennen, die Geschütze hielten gute Linie und coupirten sehr gleichmäßig, und ist es deshalb gewiß dankbar anzuerkennen, daß wir wunderbarer Weise keine Verluste zu beklagen haben. War doch der Prinz selbst in großer Gefahr, da ein Sprengstück von ungefähr ein Pfund Gewicht dicht bei ihm vorbei zwischen den ihm umgebenden Offizieren hindurch und zehn Schritte davon in die Erde schlug. Dies Stück, sowie alle übrigen Sprengstücke, gehörte einem dänischen Geschütze an, das, um aus den zum Vornladen eingerichteten dänischen Geschützen geschossen zu werden, mit zwei Ketten Vorwärtswind, sogenannten Ketons, versehen ist, mit denen es in die Höhe eingewirft. Nach der Rundung der äußeren Fläche scheint es aus 18- oder 24-Pfündern geschossen zu werden. Der Prinz Friedrich Karl hat den Befehl gegeben, daß die von dem Oberleutnant v. Nozlowoff kommandirte Batterie von vier 24-Pfündern, bei der sein erlauchter Vater sich am längsten aufgehalten und neben der er in Lebensgefahr gewesen, von nun an den Namen Feldzeugmeister-Batterie führen soll. Heute, am 16., ergab die fortgesetzte Beschießung noch glänzendere Resultate, was natürlich, da man sich nun schon eingeschossen, und da heute der Sturm sich gelegt hatte. Außerdem waren mehrere Geschütze mit Brandröhren versehen, wodurch es erreicht wurde, daß bald der größte Theil der Baracken in Flammen stand, und daß, als eine aus einem 6-Pfund-Feldgeschütz geschossene Granate das Dach des über 5000 Schritt entfernten, neben der Mühle belegenen Schloßes durchschlug, dies augenblicklich brannte, und die Truppen, die in und hinter demselben Schutz gesucht, es in eilender Flucht verließen. Auf speziellen Befehl des Prinzen Friedrich Karl sollte Sonderburg heute nicht beschossen werden, sonst ist es keinem Zweifel unterworfen, daß die Stadt hätte in Flammen ausgehen müssen. Aber wahrscheinlich aus Rücksicht auf die daselbst befindlichen Lazarethe sollte dies vermieden werden.

Berlin, 20. März. (W. L. Z.) Gestern wurde im Beisein des Kronprinzen, des Prinzen Albrecht und des Fürsten von Hohenzollern eine Retrospektivbesprechung gegen Fredericia und das verschanzte Lager vorgenommen. Die dänischen Vorkosten wurden in die Festungswerke zurückgeworfen und Bauplätze für Batterien ausgesucht. Die Dänen unterhielten lebhaftes Feuer aus der Festung und von den Kanonenbooten. Die Hauptleute Studnitz und Bilow sind verwundet worden, letzterer leicht. Wir haben zwei Tode und zehn Verwundete. Der Verlust der Oesterreicher ist gering.

Bei dem Marineoberkommando ist die Nachricht eingetroffen, daß die „Arcona“ mit drei Kanonenbooten am 19. d. wieder in See gewesen ist, und die feindlichen Schiffe

aufzusuchen, aber keines angetroffen hat. Die sämtlichen dänischen Kriegsschiffe haben die preussischen Gewässer verlassen; von einer Blotabe ist also keine Rede.

Berlin, 20. März. Se. Maj. der König empfing gestern den Kommandanten von Hamburg, Oberleutnant v. Bey. Wie verlautet, ist derselbe in Sachen der Ostküsten-Vertheidigung hieher gekommen. Von Seiten Preußens ist den Regierungen von Hamburg und Bremen bereits eine Anzahl von schweren Festungsgeschützen zu Strandbatterien an der Elbe und Weser überlassen worden. — Auf die Nachricht von dem neulichen Sege bei der Insel Rügen hat der König den Kommandanten des preussischen Geschwaders, Kapitän zur See Zschmann, unter Anerkennung seines eben so umsichtigen als tapfern Verhaltens zum Contreadmiral ernannt. Zugleich sind mehreren, an diesem Geheft theilnehmig gewesen Offizieren und Mannschaften wegen Auszeichnung im Kampfe gegen große Uebermacht Beförderungen und Ehrenzeichen verliehen worden.

Wien, 18. März. Die „Generalkorresp.“ schreibt: Mehrere Blätter erwähnen einer Besprechung, welche die 3011 angelegenen Angelegenheiten betreffend, heute in Prag zwischen einem österreichischen und einem preussischen höheren Beamten stattfinden soll, gehen aber hierbei von unrichtigen Voraussetzungen aus. Von einer neuen Wendung der Politik Oesterreichs kann nämlich die Rede sein. Es ist ganz natürlich, daß im gegenwärtigen Stadium der Zoll-einigungsfrage das Bedürfnis obwalte, sich über die Vorbedingungen einer Verständigung klar zu werden, bevor eine eigentliche Verhandlung im Sinne des Art. 25 des Vertrags vom 19. Febr. 1853 von Oesterreich mit den drei hiezu delegirten Regierungen, nämlich außer Preußen auch noch mit Bayern und Sachsen begonnen werden kann. Weit entfernt, daß damit den Rechten und Interessen dritter befreundeter Regierungen präjudicirt werde, wird vielmehr durch die in Rede stehende vertrauliche Vorbesprechung den Intentionen derselben nach Möglichkeit entsprochen. Den nächsten Anlaß zu dieser Besprechung soll übrigens eine Grenzvertragsfrage geboten haben.

Wie man der „Zfr. Post-Ztg.“ schreibt, ist Baron Hof gestern als österreichischer Bevollmächtigter für die Zollkonferenz mit Preußen nach Prag abgereist; die Konferenz wird also frühestens heute abgehalten werden können. Demselben Blatt zufolge ist die Aufstellung eines neunten Armeekorps, und zwar in Tirol und Vorarlberg, beschloffen und bereits in der Ausführung begriffen. Ähnliches meldet die „Globe.“

Wien, 19. März. Die „Europe“ gibt folgenden Auszug aus einer vor einigen Tagen erlassenen Circulardepeche des Grafen Rechberg an die Vertreter der österreichischen Regierung bei den nicht in den deutsch-dänischen Streit verwickelten Regierungen:

Wenn Dänemark billige Konzessionen hätte machen wollen, so würde der Krieg nicht ausgebrochen sein, und noch jetzt könnte der Friede wieder hergestellt werden, sobald nur Dänemark in jene Konzessionen einwilligen wollte. Aber es hält an der Bildung eines Reichstages auf Grundlage der Verfassung vom 18. Nov. fest und will diese Verfassung, gegen welche Deutschland protestirt und die im Widerspruch mit den von Dänemark übernommenen Verpflichtungen steht, in Schleswig eingeführt wissen. Um der Fortdauer eines solchen irregulären Zustandes der Dinge Widerstand entgegenzusetzen, war der Bund im Begriff, Schleswig mit Truppen zu überziehen, wenn Preußen und Oesterreich sich nicht bereit hätten, dem Bunde in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte, welche von Dänemark die Erfüllung gewisser von der Succession in den Herzogthümern unabhängigen Verpflichtungen zu fordern hatten, zuzustimmen. Wenn Oesterreich und Preußen nicht rasch ihre Aktion an Stelle derjenigen der deutschen Mittelstaaten gesetzt hätten, wenn die Leitung der Angelegenheiten in die Hände der Partei übergegangen wäre, welche die dänische Monarchie zerstückeln will, so würden die Feindseligkeiten um nichts weniger in Schleswig ausgebrochen sein; die Tragweite des Krieges würde außerdem größer gewesen sein, und die Mächte, welche sich für die Erhaltung der dänischen Monarchie interessiren, hätten sich Verbindlichkeiten gegenüber gesehen, die für das Gleichgewicht im Norden Europa's viel drohender gewesen sein würden. Die militärische Intervention Oesterreichs und Preußens hat diese Gefahr vorläufig in den Hintergrund gedrängt; sie würde dieselbe ganz beseitigt haben, wenn die Mächte den letzten Erfordernissen der beiden befreundeten Großmächte Rechnung getragen und Dänemark nicht in seinem Widerstand ermutigt hätten. Es hängt somit von den nicht-deutschen Mächten ab, zur Verhütung der erhöhten Leidenschaften in Deutschland beizutragen und den Konflikt mit Dänemark auf dem Boden zu erhalten, wo er sich gegenwärtig befindet. Oesterreich und Preußen werden dann ihrerseits desto leichter dahin gelangen, sich nicht von der in Deutschland herrschenden Bewegung überführen zu lassen, — eine Aufgabe, die immer schwieriger wird, je länger der Streit sich hinauszieht. Die Beratungen des Bundesraths zeigen außerdem zur Genüge, welche Anstrengungen die Höfe von Wien und Berlin machen müssen, um ihre Bundesgenossen zu verbinden, dem Streit ein Ende zu geben.

Wien, 20. März. In den Mittheilungen über den Stand der Verhandlungen mit Dänemark herrscht zur Zeit die größte Verwirrung, und doch liegt die Sache ziemlich einfach. Man verwechselt meist die verschiedenen, zu verschiedenen Zeiten aufgetauchten Vorschläge, oder wirft sie willkürlich durcheinander. Der erste (englische) Vorschlag lautete auf eine Konferenz ohne Waffenstillstand; dieser Vorschlag ist von Dänemark längst verworfen worden. Ueber den zweiten (österreichisch-preussischen) Vorschlag (Anerbieten) aber, Waffenstillstand als Einleitung zu einer Konferenz, schweben die Verhandlungen auch heute noch. Direkt hat das dänische Kabinet weder hieher, noch nach Berlin darauf geantwortet, wie denn auch nach Lage der Verhältnisse der betreffende Vorschlag nicht direkt, sondern auf dem Umwege über London nach Kopenhagen gelangte; aber gegenwärtig hat Dänemark, was auch die „Nordb. Allg. Ztg.“ vom Gegenheil behaupten mag, und zwar ist diese Antwort — nach Wien wenigstens — vollkommen gleichlautend über London und Petersburg dahin ausgefallen, daß man in Kopenhagen den Waffenstillstand zu Lande auf der Basis des militärischen status quo annehme und in Bezug auf die Feindseligkeiten zur See in Verhandlungen, „pour arriver à une entente“, einzutreten

bereit sei. Das hat man hier nicht annehmen zu dürfen geglaubt, sondern auf demselben Wege, über London und Petersburg, sofort erklären lassen, der Waffenstillstands-Vorschlag könne nicht getheilt werden, sondern bilde ein untrennbares Ganzes, und die Feindseligkeiten zu Lande würden nur dann eingestellt werden, wenn zu gleicher Zeit zur See die Waffen ruhen und wenn Dänemark sich außerdem anheischig mache, die seither gegen jeden völkerrechtlichen Brauch bereits mit Beschlag belegten oder aufgebrachtten Schiffe herauszugeben. Auf diese Erklärung steht die Rückführung von Kopenhagen noch aus, und man weiß zunächst nur, daß sowohl England als Rußland ihren Einfluß aufwenden werden, das dänische Kabinet für die unbedingte Annahme der beiderseitigen Forderungen zu stimmen. Freilich würde auch damit für die schließliche Verständigung noch sehr wenig gewonnen sein; denn wenn der Waffenstillstand wirklich abgeschlossen wäre, so würde erst die Hauptfrage zu erledigen sein, auf welcher Basis sich die eventuelle Konferenz zu bewegen hätte, und diese Frage würde dann auch ohne Zweifel das Ausland veranlassen, unmittelbar in die Entscheidung einzugreifen.

Frankreich.

Paris, 19. März. Der „Moniteur“ theilt heute mit, daß der Kaiser aus Anlaß des Todes des Königs von Bayern 21tägige Trauer anlegte, und ferner, daß Ihre Majestäten gestern den Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha in Abschiedsaudienz empfingen. Er. Hoheit reist heute nach Deutschland ab; der herzogliche Gesandte begleitet seinen Souverän bis an die Grenze. — Mit Spannung sieht man den auf morgen und Montag statthabenden Wahlen im 1. und 5. Pariser Bezirk entgegen. Die Menge der auf den Matrien erhobenen Wahlkarten läßt auf einen heftigen Kampf schließen. In dem Streit zwischen dem Oppositionskandidaten Bancel und dem Seinepräfecten wegen angeblich zu spät erfüllter Eidesformalität hat das von Hrn. Bancel angerufene Gericht sich für inkompetent erklärt. Dem Vernehmen nach will Hr. Bancel seine Kandidatur dennoch aufrecht erhalten und dem Gehege. Körper die eventuelle Schlichtung der Streitfrage überlassen. Dagegen tauchte unter dem Patronat des „Constitutionnel“ noch in der 12. Stunde eine Art Regierungskandidat auf, Hr. Levy, Maire des 11. Pariser Arrondissements, der unglückliche Gegner des Hrn. Jules Favre. Im 1. Arrondissement stehen sich gegenüber: Carnot, Laboulaye (vom Institut) und der von der „France“ unterstützte Direktor des Comptoir d'Escompte, Pinard. Im 5., neben Hrn. Levy und einem Apotheker Fumouze, der ehemalige Volksrepräsentant Theob. Bac, Garnier Pagès und der Arbeiterkandidat Volain. Carnot und Garnier Pagès dürften die meiste Aussicht haben.

In der im Senat begonnenen Diskussion wegen Unterdrückung unmoralischer und antireligiöser Schriften zeigt sich dieser Staatskörper der von H. Duruy eingeführten Meinung der freien Vorlesungen geradezu feindselig. — Um den durch den Tod des Hrn. Alfred de Vigny erledigten akademischen Stuhl zu bewerben, hat der Marschall D'Almeida und Jules Janin. Letzterer hat Guizot, dagegen Ersterer Thiers, Dupanloup, Montalembert, Berryer u. s. w. für sich. — Die heutige Börse war, namentlich gegen den Schluß, sehr flau. Rente bleibt 66.05, ital. Anl. 68, Mobil. 105.0.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. März. Die heutigen „Mittheilungen von der Armee“ lauten wie folgt:

Kriegsministerium, 15. März. Das Oberkommando hat berichtet, daß in dem gestrigen Vorkostengeheft, in dem das 18. Regiment auf dem linken und das 3. Regiment auf dem rechten Flügel mit großer Festigkeit entweder ihre Stellung behaupteten oder dieselbe zurücktraten, unser Verlust in einem leicht verwundeten Offizier (Oberleutnant Dues), 2 todt und 7 verwundeten Gemeinen des 18. Regiments bestand. Im Lauf des Tages hat zwischen der Rebellente und Patronillen ein dauerndes Geheft stattgefunden. Der Feind behauptete sich im Stenderup Schloß. Unterleutnant Jacobsen vom 2. Regiment wurde leicht verwundet. Die Broader Batterie (preussisch) hat mehrere Schüsse gelöst, jedoch keinen Schaden angerichtet. Nachmittags 2 Uhr. Das Oberkommando berichtet 12 Uhr 45 Min., daß seit Tagesanbruch auf dem linken Flügel ein lebhaftes Schießen stattgefunden hat. Als das Telegramm abgelesen wurde, eröffnete der Feind aus den Batterien von Broader das Feuer. Vor Fredericia ist dagegen nichts vorgefallen. Abends. Das Oberkommando meldet, daß der Feind heute von 9 1/2 bis 2 1/2 Uhr auf Broaderland aus 5 bis 7 Batterien gegen die linken Flügel und theils gegen die Schiffe im Weningbund wie auch gegen die Stadt Sonderburg ein lebhaftes Feuer unterhalten hat, jedoch mit unbedeutendem Erfolg.

Kopenhagen, 17. März. (Köln. Ztg.) Die Insel Fehmarn wurde von 600 Preußen okkupirt und die dortige 96 Mann starke Garnison gefangen genommen. „Dagbladet“ von diesem Nachmittag meldet, Hr. Crowe, Sohn des englischen General-Konsuls in Christiania, sei von Weile hieher geflohen, da er daselbst von Oesterreichern mißhandelt wurde. F. M. v. Gahlenz requirirte in Jütland 5000 Stück Ochsen und 2500 Stück Pferde. 6000 Mann Oesterreicher setzten sich von Horsens in Eilmärschen nach Süden in Bewegung.

Kopenhagen, 17. März. (Offiziell.) Am Mittwoch eröffneten die feindlichen Batterien von Broader aus ihr Feuer gegen die Düppeler Schanzen; das Bombardement währte von Morgens bis 3 Uhr Nachmittags. 500 Schüsse fielen; wir erwiderten bloß 35 mal, und zwar anscheinend mit Erfolg, da zwei feindliche Batterien zeitweise verstümmten. Unser Material blieb unversehrt, aber die Einbuße an Menschen durch Explosion war beträchtlich; 2 Offiziere und 16 Gemeine sind todt, 1 Offizier und 49 Gemeine verwundet. Ein starkes Infanteriecorps mit zwei Geschützen griff unsere rechten Flügel und Radebüll an, zog sich jedoch rasch wieder zurück.

Hamburg, 18. März. (Preffe.) Die dänischen Marineleutnants Junck und Guldenkrone haben auf der Rückreise von

Alben den Turiner Hof besucht und ein eigenhändiges Schreiben des Königs Georgios an den König von Italien abgegeben. Die zwei Marineoffiziere sind am 14. d. mit einem Schreiben Victor Emanuel's an Christian IX. in Kopenhagen eingetroffen und wurden sofort vom König empfangen.

Schweden und Norwegen.

Hamburg, 18. März. Aus Stockholm wird vom 15. berichtet: Heute Abend gab es wieder Unruhen; die Polizeibureaus wurden angegriffen, dem Polizeimeister die Fenster eingeworfen. Das Militär schritt ein und verhaftete elf Personen. „Dagbladet“ verlangt strengere Maßnahmen gegen den Unfug. Der französische Gesandte ist nach Christiania abgereist.

Großbritannien.

London, 18. März. Parlamentsverhandlungen vom 17. März.

Im Oberhaus erklärt Lord Stratheden, daß er die auf diesen Abend angekündigte Besprechung gewisser Stellen im deutsch-dänischen Bausch auf morgen (heute) verschiebe, wo der Gegenstand in seinem Zusammenhang durch Lord Ellenborough zur Erörterung gebracht werden solle.

Im Unterhause wünscht Lord Rob. Montagu vom Premier zu erfahren, ob eine Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß die vorgeschlagene Konferenz wirklich zu Stande kommen werde; ferner, wann und auf welcher Basis die Unterhandlungen beginnen würden? Lord Palmerston erwidert: Ihrer Majestät Regierung hat, wie wohl bekannt, Desterreich und Preußen veranlaßt, in eine Konferenz zu willigen, und wir warten noch auf eine amtliche Antwort Dänemarks auf dieselbe Frage. Wir haben jedoch guten Grund zu glauben, daß Dänemark in die Konferenz willigen werde (hört! hört!), obwohl wir noch keine amtliche Mitteilung in diesem Sinne erhalten haben. Was die von dem edlen Lord gegenüber erwähnte Basis — ut possidetis — anbelangt, so bezieht sie sich eher auf einen Waffenstillstand als eine Konferenz. Was wir vorgeschlagen haben, ist folgendes: Da es sich unmöglich gezeigt hat, die betreffenden Theile zu einem Waffenstillstand unter Bedingungen zu vermögen, die Aussicht auf beiderseitige Annahme gehabt hätten, so haben wir eine Konferenz ohne Waffenstillstand vorgeschlagen, im Vertrauen, daß, wenn erst die Konferenz beisammen ist, ein Waffenstillstand die erste Frage sein werde, mit der sie sich zu beschäftigen haben wird. Welches die Basis sein wird, bleibt natürlich ein Gegenstand für die nachherige Erwägung; aber wie ich dem Hause zu verstehen geben möchte, stehen die Dinge jetzt so, daß wir Grund zu hoffen haben, daß wir die dänische Regierung dahin bringen werden, in die Konferenz zu willigen. (Hört! hört!) Lord J. Manners bemerkt, es sei im schwedischen Parlament gesagt worden, daß die dem englischen Parlament bisher vorgelegten Papiere den Stand der Dinge in Bezug auf das Aufreten Schwedens nicht vollständig darlegten. Er frage daher, ob nicht neue Schriftstücke, die auf Schwedens Vorschläge vom Februar ein Licht werfen könnten, vorgelegt werden würden? Layard verspricht, daß die Beilegung der Streitigkeiten baldmöglichst nach der Vertagung über Dänern stattfinden werde. (Hört! hört!) und theilweises Lachen.

Das Haus soll, laut Tagesordnung, in Substanzkomitee gehen; da erhebt sich der konservative Sir G. Stracey und stellt folgenden Resolutionsantrag: „Daß die von dem französischen Staatsprokurator im Verlauf des Secco-Prozesses gemachte Angabe, wodurch ein Mitglied dieses Hauses und der Regierung Ihrer Majestät in das Komplott zur Ermordung unseres Allürten, des Kaisers der Franzosen, verwickelt ist, die ernsthafte Erwägung dieses Hauses verdient.“ Der ehrenwerthe Baronet versichert, daß er gegen Hrn. Stansfeld persönlich keine feindseligen Gefühle hege. Aber die Antecedenten des ehrenwerthen Gentleman, der i. J. 1857 und 1858 in einiger Beziehung zu den Plänen Tibaldi's und Orsini's gestanden habe, geben ihm kein Recht, der Behauptung des französischen Staatsprokurator's im Zone gekränkter Unschuld entgegenzutreten. Und das Verhalten der englischen Regierung in dieser Sache zeichne sich auch nicht durch irgend welche Geradheit aus, sondern werde nur die Mißachtung erheben, in der England jetzt im Ausland stehe. Stansfeld wiederholt darauf seine früheren Erklärungen, hinzuweisend, daß er heute zum ersten Male von seinen Beziehungen zu den Tibaldi- und Orsini-Attentaten höre. Er sei niemals Kassirer des Tibaldifonds gewesen, und ein solcher Fonds sei gar nicht gesammelt worden. Er gebe zu, daß er die Erlaubnis gegeben habe, seinen Namen auf Banknoten zu setzen, die, wie er geglaubt, zur Aufrichtung eines freien und einigen Italiens, aber nicht zur Unterstützung von Meuchelmördern gebraucht werden sollten; aber auf Grundrath habe er seinen Namen von jenen Noten wieder streichen lassen. Ebenso räume er ein, daß er, gleich andern englischen Freunden Mazzini's, dem Letztern geholfen habe, sich seine Briefe unter dem Namen M. Juvari an seine (Stansfeld's) Privatwohnung abdrücken zu lassen. Allein Mazzini habe dafür gesorgt, daß keine Briefe der Art mehr ihm ins Haus kämen. Lord H. Wane hält diese Erklärung für weniger bestrebtig, als sie hätte sein sollen, und Stansfeld's Benehmen für unvorsichtig. Hoffentlich werde man das Thema nun nicht weiter verfolgen. Lord H. Lennox sagt, daß in Frankreich eine lebhaftere Aufregung wegen dieser Dinge herrsche; nur die starke Hand des Kaisers verhindere Aufwallungen und Kundgebungen, welche das freundliche Verhältnis der beiden Länder gefährden würden.

R. Taylor gesteht, daß auch er seine Adresse Mazzini zur Verfügung gestellt habe, und er bedauert, daß das Haus der Gemeinen sich von einer reaktionären Partei zum Träger ihrer elenden Verleumdungen machen lasse. Sir J. Pakington glaubt, daß man der französischen Regierung Erklärungen schuldig sei, und fragt Lord Palmerston, ob er solche Erklärungen gegeben habe oder zu geben beabsichtige. Lord Palmerston ist der Ansicht, daß Stansfeld's Erklärungen vollkommen befriedigend seien, und sagt, Ihrer Majestät Regierung habe über den Vorfall gar keine Mitteilung an die französische Regierung gerichtet, weil es ihrer Würde unangemessen gewesen wäre, von Dem, was in einem französischen Gerichtshofe vorgegangen ist, Notiz zu nehmen. Nachdem sein ehrenw. Freund (Stansfeld) alle Kennzeichen der revolutionären Pläne italienischer Flüchtlinge in Abrede gestellt habe, dürfe das Haus der Gemeinen sich beruhigen. Disraeli erklärt sich sehr lebhaft gegen diese Äußerungen des Premiers; von dem Minister eines großen Landes sei es unwürdig, sich gegen eine befreundete Macht in solcher Weise zu benehmen. Das Haus möge seine Ehre wahren und Sir G. Stracey's Antrag genehmigen. Bright erklärt, das Benehmen der Opposition sei einer großen Partei unwürdig. Selbst wenn er zu den hungarischen Stellenjägern der Opposition gehöre, würde er sich schämen, den Ruf und die Zukunft des jüngsten Mitgliedes der Verwaltung anzugreifen. Lord R. Cecil glaubt, das Haus müsse über die sträfliche Unklugheit Stansfeld's sei-

nen Tadel aussprechen. Der Schatzkanzler erwartet, daß das Haus dem Ehrenwort eines unbefohlenen Parlamentsmitgliedes Vertrauen schenken werde. — Noch einige andere Mitglieder sprechen, worauf der Antrag mit der geringen Majorität von 10 Stimmen — mit 171 gegen 161 — verworfen wird. — (Lauter Cheers von liberaler Seite begrüßen die Ankündigung des Resultats.)

Lord Palmerston ersucht seinen ehrenw. Freund, das Mitglied für Richard (Osborne), seine auf morgen (heute) angemeldete Besprechung der deutsch-dänischen Angelegenheit bis nach Ostern zu verschieben. Es wäre unangelegen, ja dem Staatsinteresse nachtheilig, wenn die Erörterung jetzt stattfände, wo das Haus mit dem Stand der Unterhandlungen nur unvollkommen bekannt sei. (Hört, hört!) B. Osborne: Das Haus wird, denke ich, kaum der Meinung sein, daß der edle Lord genügende Gründe für die Verschiebung angeführt hat. (Hört, hört!) Wenn ich den edlen Lord recht verstehe, so gründet er sein Ersuchen auf den Umstand, daß Konferenzen auf dem Punkt seien, eröffnet zu werden. Ueber diesen Punkt denke ich nun anders, als manche ehrenw. Mitglieder. Ich halte diese Konferenzen ohne Waffenstillstand für ein parlamentarisches Manöver, mehr bestimmt zur Unterhaltung der Leute an der Themse, als zum Vortheil für die Leute an der Eider. (Hört!) Da ich diese Ansicht habe; da ich ganz und gar nicht der Politik beistimme, welche der edle Lord gegen die unglücklichen Einwohner des Herzogthums Schleswig-Holstein verfolgt; da ich glaube, daß dies Volk durch einen von dem edlen Lord an der Spitze gestellten unerschlichen und ungerechten Vertrag geopfert worden ist, so werde ich bei dieser Gelegenheit nicht nachgeben, außer wenn andere ehrenw. Gentleman (auf die Deposition bedenkend) mich dazu veranlassen. Wenn der edle Lord sagen könnte, daß er mit Hilfe der Geheimbureau, die er vor schlägt, im Stande sein werde, einen dauernden Frieden zu stiften; dann könnte ich mit gutem Gewissen nachgeben. Lord Palmerston: Unser Wunsch ist es natürlich, einen dauernden Frieden zu stiften, aber ich kann unmöglich voraussetzen, welches Ergebnis die beabsichtigten Unterhandlungen haben werden. Kinglake: Will der edle Lord die Basis der Konferenz angeben? Lord Palmerston: Ich habe schon gesagt, daß wir noch keine amtliche Mittheilung von der dänischen Regierung haben. Es ist mir daher auch unmöglich, zu sagen, welche Basis angenommen werden wird. Disraeli glaubt, daß es am Ende kaum thöricht sein werde, in der letzten Nacht vor der Vertagung über Ostern die dänische Angelegenheit nach Gebühr zu erörtern. Osborne erklärt sich darauf bereit, seine Motion bis nach Ostern zu verschieben.

London, 19. März. Parlamentsverhandlungen vom 18. März.

Im Oberhaus ersucht Carl Russell den Earl Ellenborough, die auf diesen Abend angekündigte Erörterung der dänischen Angelegenheit zu verschieben. Politische Rücksichten — sagt er — lassen es wünschenswerth erscheinen, daß in diesem Augenblick keine Diskussion darüber stattfinde. Erstens habe ich jetzt einen weiten Theil der diplomatischen Korrespondenz über die Frage vorzulegen. Zweitens hat jüngst ein Schriftwechsel in Bezug auf die vorgeschlagene Konferenz und Waffenruhe stattgefunden, und ich habe gute Gründe, zu hoffen, daß die dänische Regierung auf den Konferenzvorschlag und in diesem Fall auch auf den Waffenstillstand auf der bewußten Grundlage eingehen wird. Aber da die Sache noch nicht ganz unzweifelhaft entschieden ist, so könnte eine Erörterung von dem Behaglichen falsch aufgefaßt werden und den Erfolg der Unterhandlungen gefährden, ist also nichts weniger als wünschenswerth. (Hört, hört!) Der Earl of Ellenborough: Ich kann unter diesen Umständen die Verantwortlichkeit einer Diskussion anregung nicht auf mich nehmen. (Hört, hört!) Zugleich kann ich aber nicht die Meinung des edlen Lords theilen, daß eine Diskussion nachtheilig wirken würde. Ich fürchte im Gegentheil, daß sie künftig zu spät kommen dürfte, um vortheilhaft zu wirken. Der Earl of Desart äußert sich mit einigem Unmuth über die heretypische Aeußerung mit den „niemals endenden, stets beginnenden“ Unterhandlungen. In demselben Sinn äußert sich Lord Stratheden de Redcliffe, der das Zustandekommen einer Konferenz, für die sich allem Anschein nach eine Unterhandlungsbasis sehr schwer finden lasse, für äußerst problematisch hält. — Nach einem Gespräch über die sibirischen Soldatenwerbungen in Irland, die zu einer gerichtlichen Verfolgung mehrerer Individuen geführt haben, vertagt sich das Haus bis Dienstag den 5. April.

Im Unterhause fragt Bernal Osborne den edlen Lord an der Spitze, ob Ihrer Majestät Regierung Grund habe zu glauben, daß die Stände der Herzogthümer von Holstein und Schleswig die durch den Londoner Vertrag von 1852 beabsichtigte Erbfolge genehmigen werden? (Hört! hört!) Lord Palmerston erwidert, die Regierung habe keine gewisse Kenntnis davon, daß die Stände versammelt werden sollten. Er wisse, daß der Zutritt der Stände in einem Theile Deutschlands gewünscht werde. [Osborne: In ganz Deutschland.] Aber wenn auch eine legale, sie einzuberufen besetzte Behörde vorhanden wäre, so gestehe er, nicht zu wissen, was sie zu thun hätten, wenn sie beisammen wären? Osborne: Ist der edle Lord etwa der Meinung, daß jene Herzogthümer kein Recht auf eine Ständeversammlung haben? Lord Palmerston: Ich verstehe die Frage nicht recht. Die Herzogthümer haben Stände, die von einer kompetenten Landesobrigkeit einberufen werden können. Ich glaube, jedoch, es herrscht ein Zweifel, ob irgend eine kompetente Landesobrigkeit gegenwärtig vorhanden ist. B. Osborne: In Folge des Vertrages von 1852 (hört! hört!) Lord Palmerston: Der Vertrag von 1852 hat mit der Sache nichts zu schaffen. Holstein und Schleswig sind jetzt von fremden Mächten besetzt. Die Autorität des Landesherren der Herzogthümer ist durch jene fremden Mächte suspendirt („nein“ und hört! hört!), und es fehlt jetzt an einer Behörde, welche die Ermächtigung hätte, die Stände einzuberufen. (Hört! hört!) Sir H. Barry Verney bemerkt, da in Bezug auf Schleswig und Holstein kein Schritt geschehen sollte, ohne die Meinung des Volkes in gesetzlicher und verfassungsmäßiger Weise zu befragen, so wünsche er zu wissen, ob die Einwohner der Herzogthümer nicht durch eine verfassungsmäßige Meinungsäußerung ihre Stände selber gesetzlich einberufen könnten? Lord Palmerston erwidert, daß dies eine politische Frage sei, auf die er nicht eingehen könne. Sir H. Verney fragt, ob der edle Lord nicht wisse, daß die Herzogthümer laut der Verfassung Dänemarks auf demselben konstitutionellen Fuße stehen wie die dänischen Stände? Und da man dem Reichsrath die neue Verfassung zur Genehmigung vorgelegt, ob es nicht kompetent sei, dieselbe Genehmigung von den Ständen von Schleswig und Holstein zu verlangen? Lord Palmerston (in dessen Erwiderung nicht vollkommen hörbar ist) sagt im Wesentlichen, er glaube, sein ehrenwerther Freund beziehe sich auf den Vertrag von 1852, und dieser sei durch die europäischen Mächte bestätigt worden.

Nach einigen Zwischenrufen zeigt B. Osborne auf den 19. April die Absicht an, die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Wirkungen der englischen auswärtigen Politik auf Dänemark und auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu lenken, und die Resolution zu beantragen, daß es sowohl ungerecht als unzuwehmäßig sei, darauf zu bestehen, daß die Bestimmungen des Londoner Vertrages von 1852, so weit sie sich auf die Erbfolge in den Herzogthümern beziehen, zur Basis für die Beilegung des dänisch-deutschen Kampfes genommen werden.

Lord Elcho richtet an den Premier eine Frage wegen der Stellung Stansfeld's in der Verwaltung, und erklärt, zwar keine neue Diskussion des Allen so peinlichen Themas anregen zu wollen, kann aber doch nicht umhin, sich dabei über die skandalöse Taktlosigkeit Stansfeld's zu verbreiten, der, überdies, anstatt seinen Fehler zu gestehen, eine hartnäckige Rechthaberei bewiesen habe. Lord Palmerston erwidert, Hr. Stansfeld habe sogleich, nachdem die Frage vor das Haus gekommen war, ihm durch einen Freund mittheilen lassen, daß er seinen Posten in der Admiralität der Krone zur Verfügung stellen und aus der Verwaltung treten wolle (Cheers), aber er (Lord Palmerston) habe dies nicht gewünscht und Hrn. Stansfeld von einem solchen Schritt abgerathen, wofür er alle Verantwortlichkeit auf sich allein nehme. (Cheers.) Duncombe, Alderman Rose, Sir J. Walford, Henley und andere Mitglieder finden diese Verantwortlichkeit in der That sehr groß und schwer, und prophezeien, daß der Premier durch seine übel angebrachte Parteilichkeit gegen Hrn. Stansfeld die Beziehungen zu Frankreich nicht gebessert habe. Foster, Layard, Osborne und Andere dagegen entschuldigen Hrn. Stansfeld und rechtfertigen das Verhalten Lord Palmerston's.

Gregory beantragt die Vertagung von Schriftstücken über die Schließung der Festungswerke von Korfu und die Neutralisirung der Ionischen Inseln — Maßregeln, die er durchaus nicht billigen könne. Die Ionischen Inseln seien niemals eigentliche Besitzungen Englands gewesen, hätten aber zur Erhaltung der Festungswerke in rechtem Stande beigetragen. Mit welchem Recht also zerstöre man jene Werke? Etwas weil sie einer schwachen Nationalität gehören? England habe sich dadurch nicht nur in Griechenland, sondern auch in Frankreichs und Italiens Augen herabgesetzt und verhasst gemacht. Smollett selbstdir. Layard macht bemerkt, daß die Schließung von Korfu und die Neutralisirung der Inseln Bedingungen der Abtretung waren, die man in Dänemark sehr wohl kannte, ehe König Georg die griechische Krone annahm. Desterreich habe auf diese Bedingungen Gewicht gelegt, ehe es in die Abtretung willigte; Preußen und Rußland hätten sich darin Desterreich angeschlossen. Uebrigens wolle die Regierung die gewünschten Vorlagen machen. Capt. Jervis ist derselben Meinung wie der Antragsteller. G. Fortescue und der Schatzkanzler kommen den Argumenten Layard's zu Hilfe, und da noch zwei Konservative, S. Fitzgibbon und Lord John Manners, die Art der Abtretung der Ionischen Inseln, ebenso wie die Abtretung selbst verdammen, erinnert G. Childers an die Meinung des Hauptes der Konservativen, Lord Derby's, der im Juni vorigen Jahres selbst die Schließung der Festungswerke von Korfu und die Neutralisirung der Inseln als sine qua non der Abtretung hingestellt habe. Schließlich nimmt Gregory seinen Antrag zurück.

Vermischte Nachrichten.

Die preussische Artillerie vor Düsseldorf. Aus Altona, 16. d. M., schreibt man den „Hamb. Nachr.“: Freude gewährt es, das Vertrauen der Artilleristen zu ihren gezogenen Geschützen zu gewahren. Mit förmlicher Zärtlichkeit wird ein solches Bronzgeschütz bedient. Auch wissen die Leute eben so gut wie die Offiziere, welche sich selten das Nichten nehmen lassen, was ein Geschütz dem Staate kostet; daher die Vorsicht in dem Umgehen mit der Munition. Ihren Lesern ist es vielleicht von Interesse, wenn ich, um einen kleinen Einblick in die Kostspieligkeit eines Festungskrieges thun zu lassen, die Preise der kompletten Geschosse aus 12-Pfündern und 24-Pfündern hier anführe. Beim gezogenen 12-Pfünder kostet Geschütz und Kartusche zusammen für den Granatschuß 2 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. preussisch, für den Schrapnellschuß 3 Thlr. 17 Sgr. preussisch; das Gewicht des ersteren ohne Kartusche beträgt 29 Pfd. 6 Loth., das des letzteren 34 Pfd. 4 Loth. Beim gezogenen 24-Pfünder kostet (ebenfalls Geschütz und Kartusche zusammen) der Granatschuß 4 Thlr. 10 Sgr., der Schrapnellschuß 5 Thlr. 20 Sgr. (netto einen Preussischen Friedrichsd'or), das Vollgeschütz 4 Thlr. 6 Sgr. 7 Pf.; das Gewicht des ersten ohne Kartusche beträgt 54 Pfd. 21 Loth., das des zweiten 64 Pfd. 15 Loth., das des dritten 66 Pfd. 12 Loth. Die Sicherheit, mit welcher die Leute schießen, grenzt an das Fabelhafte. War der erste Schuß zu kurz, der zweite zu weit gegangen, so kann man sicher sein, daß, nach geschickter Korrektur der Elevation, der dritte Schuß trifft und dann kommt Treffer auf Treffer. Die Elevation auf 5000 Schritt ist gar nicht so bedeutend, als man glaubt; sie beträgt etwa 17 1/2 Grad. Die Wirkung der Geschosse ist außerordentlich. Die Dänen müssen angefirengt arbeiten, um in der Nacht den Schaden auszubessern, der durch das Plattenfeuer vom Wemmingbund aus am Tage angerichtet worden ist.

Karlsruher, 20. März. Gestern feierte die Bärengelesellschaft ihr jährliches Stiftungsfest. Es hatten sich außer den Gesellschaftsmitgliedern zahlreiche werthe Gäste von hier und auswärts eingefunden, darunter mehrere Mitglieder der Mannheimer Räuberhöhle und verschiedene auswärtige wohnende Gesellschaftsangehörige. Erste und humoristische Reden und Deklamationen, sowie gesungliche und instrumentale Vorträge machten den Abend zu einem eben so genussreichen als heitern. Auch die Mäkerlei ermangelte nicht, das Fröhe zur allgemeinen Festfreude beizutragen. Die nunmehr namhaft erweiterten Räumlichkeiten waren sinnig ausgeschmückt. Der ganze Abend bot wieder das anprechende Bild einer geistreichen, eben, zwang- und präntionslosen Geselligkeit.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
19. März.					
Morgens 7 Uhr	8,50"	+ 1,0	N.O.	rein	heiter, Frost
Mittags 2 "	8,34"	+ 8,0	"	"	" kühl
Nachts 9 "	8,02"	+ 4,5	"	"	" trüb
20. März.					
Morgens 7 Uhr	7,20"	+ 4,5	N.O.	rein	heiter, Frost
Mittags 2 "	7,03"	+ 10,0	"	"	" mild
Nachts 9 "	6,53"	+ 7,5	"	"	" trüb

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

